

FÜR EIN STARKES EUROPA.

Zuhause und in der Welt



Das Europäische Projekt hat seit Anbeginn der Europäischen Integration immer wieder Höhen und Tiefen erlebt. Phasen der Erweiterung oder vertieften Integration wechselten sich mit Phasen der Stagnation ab. Die Politik der europäischen Institutionen greift mittlerweile in das alltägliche Leben aller EU-Bürger ein. Ob Politik, Wirtschaft oder Kultur: Europa ist so nah wie nie zuvor. Dennoch sind wir aktuell an einem Punkt, an dem der Mehrwert der europäischen Einigung offen infrage gestellt wird. Die Erzählung von Europa als Friedensprojekt verblasst. Europa muss sich neu beweisen.

Wir Wirtschaftsjunioren sind überzeugte Europäer und wollen uns aktiv daran beteiligen, das Projekt Europa, vor allem in Zeiten politischer Uneinigkeit, zum Erfolg zu bringen. Der europäische Gedanke, die europäische Wertegemeinschaft und das Bekenntnis zu internationaler Verständigung spielen in unserem Verband eine große Rolle. Offene Grenzen sind wichtig, um Begegnungen zwischen Menschen verschiedener Kulturen zu ermöglichen und eine gemeinsame europäische Identität zu entwickeln.

Als Exportnation ist Deutschland zudem auf eine funktionierende Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn und auf freien Warenaustausch angewiesen. Unsere Wirtschaft ist global vernetzt. Deutschland behauptete 2017 seinen Platz als weltweit drittgrößter Warenexporteur. Knapp die Hälfte der Wirtschaftsjunioren ist mit ihren Unternehmen international tätig (WJD Mitgliederbefragung 2018). Der Wohlstand unseres Landes beruht in großen Teilen auf dem Export. Daher setzen wir uns in unseren Netzwerken für offene Märkte, Freihandel und internationale Verständigung ein. Der Abbau von Handelsbeschränkungen bietet Chancen für zusätzliches Wachstum. Globale Fragen wie Migration oder der Klimawandel können zudem nicht im nationalen Rahmen gelöst werden. Wir glauben an Europa und setzen uns insbesondere in Zeiten, in denen populistische und nationalistische Trittbrettfahrer unsere Gesellschaften spalten wollen, für die europäische Einigung ein. Ob als Unternehmer und Führungskraft oder als Bürger – wir alle profitieren von der europäischen Einigung.

DIE EU ALS INNOVATIONSHUB

**#1: AUS- UND WEITERBILDUNG
VERBESSERN**

**#2: INNOVATIONEN DURCH JUNGE
UNTERNEHMER FÖRDERN**

DIE EU ALS STARKER HANDELSPARTNER

#3: FREIHANDEL STÄRKEN

#4: BREXIT-CHAOS VERHINDERN

#5: BINNENMARKT VOLLENDEN

DIE EU ALS WIRTSCHAFTLICHES POWERHOUSE

#6: BÜROKRATIE ABBAUEN

**#7: UNTERNEHMENSSTEUERN
HARMONISIEREN**

**#8: HAUSHALTS- UND
WIRTSCHAFTSPOLITIK
STÄRKER KOORDINIEREN**

**#9: EUROPA VERSTEHEN
UND ERLEBEN**

DIE EU ALS INNOVATIONSHUB

Schon mit der Lissabon-Strategie hat sich die EU das Ziel gesetzt, zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Auch wenn Europa aktuell neben Nordamerika und Ostasien zu den Weltgegenden mit der größten wirtschaftlichen Dynamik zählt, ist dieses Ziel noch nicht erreicht. Gerade wenn es um Potenziale für zukünftige Wertschöpfung geht, wird Europa langsam abgehängt. Wir leben von der Substanz. Der wirtschaftliche Erfolg der großen Industrieunternehmen und Mittelständler in Europa in den vergangenen Jahrzehnten ist kein Selbstläufer. Ob diese ihre Geschäftsmodelle in die Zukunft übertragen können, ist offen.

Die vierte industrielle Revolution verändert die Kräfteverhältnisse in der Weltwirtschaft. Globale Wettbewerbsfähigkeit hängt immer mehr von der Innovationskraft eines Landes ab. Wir müssen jetzt die Grundlagen für den Wohlstand von morgen legen.

Europa muss zum weltweiten Innovationshub werden – eine Heimat für technologie- und wissensbasierte Unternehmen, in der digitale Geschäftsmodelle wachsen können. Dafür braucht es Investitionen in Forschung, Bildung und digitale Infrastruktur.

#1: AUS- UND WEITERBILDUNG VERBESSERN

Die Zukunft unserer Wirtschaft ist wissensbasiert. Die Anpassungs- und Lernfähigkeit von Organisationen und ihren Mitarbeitern ist heute ein erfolgskritischer Faktor. Der Schlüssel liegt damit in hochqualifizierten Fachkräften, die sich lebenslang weiterqualifizieren. Deutschland braucht gut ausgebildete Fachkräfte – insbesondere auch solche mit dualer Berufsausbildung, die die Unternehmenspraxis bereits kennen. Wir benötigen in ganz Europa ein zukunftsfähiges Aus- und Weiterbildungssystem, das der aktuellen und zukünftigen Lebens- und Arbeitswirklichkeit entspricht. Wichtig ist auch die europaweite Vergleichbarkeit der Lerninhalte. Die Ausbildungsinhalte müssen neue Berufsbilder und Megatrends wie die Digitalisierung widerspiegeln, nur so kann Europa wettbewerbsfähig bleiben.

- **Wir setzen uns für die Ausweitung der dualen Berufsausbildung in Europa und eine bessere Vergleichbarkeit der Ausbildungsinhalte ein. So können wir einen europäischen Standard schaffen und die Mobilität von jungen Menschen auch in der Ausbildung weiter erhöhen.**
- **Ein Auslandsaufenthalt sollte für Auszubildende und Berufstätige genauso selbstverständlich sein wie für Studierende. Deshalb fordern wir den weiteren Ausbau von Programmen wie Erasmus+.**
- **Wir fordern mehr Zukunftsinvestitionen im Haushalt der Europäischen Union. Noch immer liegt der Löwenanteil bei den Agrarsubventionen. Die Aufwendungen für Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung, Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit müssen weiter gestärkt werden – mehr Hightech, weniger Kuhstall.**
- **Fast jedem zweiten Arbeitnehmer mangelt es in Europa an digitalen Kompetenzen. Wir plädieren deshalb für größere Anstrengungen in der Förderung der digitalen Bildung in Europa.**

#2: INNOVATIONEN DURCH JUNGE UNTERNEHMER FÖRDERN

Europa möchte sich als Startup- und Innovations-Hub neben dem Silicon Valley und den asiatischen Hightech-Regionen behaupten. Damit Europa im Wettbewerb um die besten Ideen erfolgreich ist, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Noch ist das Bild vom innovativen Europa ein geteiltes.

Um Innovationen zu befördern, müssen die gesetzlichen Grundlagen auf europäischer Ebene zum Teil überarbeitet oder neu geschaffen werden. Neue Gesetze (z.B. DSGVO oder Reform des Urheberrechts) dürfen aber nicht dazu führen, dass sich die Rahmenbedingungen junger Unternehmer und Innovatoren im internationalen Wettbewerb verschlechtern, sondern sollten den europäischen Standort stärken.

Europa ist weltweit Spitze, wenn es darum geht, bestehende Technologien, Geschäftsmodelle oder Prozesse weiterzuentwickeln. Nicht umsonst ist Europa führend in Wirtschaftszweigen wie der Pharmabranche und dem Maschinenbau. Es mangelt jedoch an bahnbrechenden

Erfindungen und radikalen Innovationen. Um weltweit den Innovationstakt anzugeben, braucht es daher vor allem mehr öffentliche und private Investitionen in Forschung und Entwicklung. Gerade hier liegt die EU weiter hinter den Konkurrenten aus Asien und Nordamerika zurück.

Auch im Bereich Risikokapital muss die EU noch von ihrer Konkurrenz lernen: Risikokapitalgeber in den USA investierten 2016 mehr als das Fünffache als die in der EU (Europäische Kommission 2018). Ferner sind die Risikokapitalfonds in Europa deutlich kleiner als in den USA. Die EU darf ihre innovativen Unternehmen nicht an das Ausland verlieren, weil sie dort bessere Aussichten auf schnelleres Wachstum haben.

Schließlich braucht es mehr Weitsicht in Digitalisierung und globalen Megatrends wie künstlicher Intelligenz: In Europa sind nur 22 Prozent aller KI-Startups ansässig, knapp 40 Prozent aller KI-Start-ups sitzen in den USA.

- **Wir fordern einen einfachen Zugang zu Fördermitteln: Dazu gehören themenoffene Ausschreibungen, eine unbürokratische Antragstellung und Abrechnung sowie schnelle Bewilligungsverfahren. Nationale und europäische Programme sollten keinen undurchsichtigen Förderdschungel darstellen, sondern aufeinander abgestimmt sein.**
- **Wir brauchen mehr Wagniskapital: So kann die EU zur Kommerzialisierung von radikalen Innovationen und zur Innovationsfähigkeit des Mittelstands beitragen.**
- **Wir fordern eine offene Debatte und einen sachlich geführten Evaluationsprozess zu neuen Gesetzgebungsvorhaben, die sich aus Sicht junger Unternehmen als innovationshemmend oder innovationsfeindlich herausstellen können.**

DIE EU ALS STARKER HANDELSPARTNER

Freihandel schafft die Voraussetzungen für Wohlstand in der Welt. Insbesondere die deutsche Exportwirtschaft profitiert von internationalen Absatzmärkten. Aktuell bedrohen nationalistische Tendenzen und der zunehmende Protektionismus den internationalen Wirtschaftsverkehr. Produkte (auch digitale Produkte) werden EU-weit nicht

immer einheitlich behandelt. Regulatorische Hemmnisse, die den zwischenstaatlichen Handel hemmen, müssen auf den Prüfstand.

#3: FREIHANDEL STÄRKEN

Die EU ist der weltweit größte und am besten zugängliche Markt. Da Handel auf Augenhöhe stattfinden muss, ist es essenziell, dass ausländische Märkte für europäische Unternehmen in gleichem Maße geöffnet bleiben. Wir begrüßen es daher, dass der Abbau von Handelsbarrieren und der Abschluss weiterer Freihandelsabkommen im Zentrum der europäischen Handelspolitik stehen – sind es doch gerade kleine und mittlere Unternehmen, die unter Zöllen und der Vielzahl technischer Regulierungen leiden. Die verbesserte Marktzugangsstrategie der EU ist der Weg in die richtige Richtung. 2017 hat die EU beispielsweise 45 Handelshindernisse vollständig oder teilweise beseitigt (Europäische Kommission 2018). Allerdings sind im selben Zeitraum auch 67 neue Handelshemmnisse hinzugekommen – ein Beleg für die besorgniserregende Zunahme an protektionistischen Tendenzen weltweit. Die EU muss sich deshalb weltweit dafür einsetzen, dass gegenseitige Handelsbeschränkungen nicht zur Normalität werden. 94 Prozent der Wirtschaftsjuristen sind der Überzeugung, dass der Wohlstand in Deutschland auf dem freien und offenen Handel mit anderen Ländern beruht (WJD Mitgliederbefragung 2018). Im Wettbewerb um die weitestgehende Marktabschlusschottung kann es nur Verlierer geben.

- **Die EU sollte weltweit klare Kante für offene Märkte zeigen – in bilateralen Verhandlungen genauso wie in internationalen Foren (G20, WTO). Die Antwort auf Protektionismus lautet Multilateralismus.**
- **Neue Handelsabkommen müssen mittelstandsfreundlich und bürokratiearm ausgestaltet sein. Insbesondere bei den Themen Ursprungsregeln und geistiges Eigentum sollte das Prinzip „Think Small First“ gelten. Elektronisch abbildbare Prozesse müssen auch digitalisiert werden.**
- **Wir fordern, dass sich die EU für eine starke Welthandelsorganisation (WTO) einsetzt. Das multilaterale Handelssystem und die bewährten Mechanismen zur Streitschlichtung dürfen nicht**

vom Egoismus einzelner Staaten untergraben werden. Die EU muss sich für den Fortbestand der WTO und die bereits angestoßene WTO-KMU-Agenda starkmachen.

#4: BREXIT-CHAOS VERHINDERN

Das Brexit-Referendum hat die Europäische Union in eine Sinn- und Schaffenskrise gestürzt. Der drohende Austritt Großbritanniens aus der EU lähmt seit über zwei Jahren das politische Handeln in der EU und überlagert jegliche Zukunftsdiskussion. Ob geregelter Austritt oder Rückzieher vom Brexit: Das Brexit-Chaos muss endlich ein Ende haben. Für die europäischen Unternehmen entwickeln sich die Folgen des Brexits zu einem unberechenbaren Risiko. Die größte Sorge der betroffenen Unternehmen ist ein mögliches Scheitern der Brexit-Verhandlungen. Sollten die Vorteile des Binnenmarktes ersatzlos wegfallen, würde dies für viele Unternehmen erheblichen Mehraufwand im Warenhandel und damit finanzielle Nachteile bedeuten. 81 Prozent der Wirtschaftsjunioren beurteilen die Folgen des Brexits für die Unternehmen in Deutschland als negativ (Mitgliederbefragung 2018). Aus Sicht der jungen Wirtschaft muss alles dafür getan werden, Großbritannien so nah wie möglich an die EU zu binden. Doch: die Brexit-Tragödie darf nicht zur unendlichen Geschichte verkommen. Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit.

- **Die EU muss alles in ihrer Macht Stehende dafür tun, einen unregelmäßigen Brexit zu verhindern. Ob geregelter Austritt, Zollunion oder Anbindung an den Europäischen Wirtschaftsraum: Das Ziel muss es sein, Großbritannien so nah wie möglich an die EU zu binden.**
- **Sollten diese Lösungen politisch nicht umsetzbar sein, muss sich die EU für ein umfassendes Freihandelsabkommen mit Großbritannien einsetzen, das Zölle für Waren mit Ursprung in der EU und Großbritannien ausschließt.**
- **Die EU sollte den Brexit als Chance nutzen, ihre Handlungsfähigkeit und ihre Attraktivität als gemeinsamer Wirtschaftsraum zu beweisen.**

DIE EU ALS WIRTSCHAFTLICHES POWERHOUSE

Die Europäische Union bildet den größten Binnenmarkt der Welt. Der Binnenmarkt ist das Herzstück der EU. Die derzeit 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union wickeln 63 Prozent ihres Warenexports und 60 Prozent ihres Warenimports innerhalb der EU-Grenzen ab (UNCTAD). Europäische Unternehmen profitieren stark von den vier Grundfreiheiten (freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit sowie der freie Kapital- und Zahlungsverkehr) und den Skaleneffekten des Binnenmarkts. 86 Prozent der Wirtschaftsjunioren sind der Auffassung, dass die deutschen Unternehmen vom europäischen Integrationsprozess profitiert haben (Mitgliederbefragung 2018). Gerade in Zeiten, in denen internationale Handelskonflikte die Risiken für Unternehmen auf den Weltmärkten erhöhen, sorgt der innereuropäische Handel für Stabilität. Allerdings ist der Europäische Binnenmarkt noch nicht vollendet. Um weitere Wachstumspotenziale zu heben und den innereuropäischen Handel zu intensivieren, muss der Binnenmarkt in allen Dimensionen verwirklicht und die Bürokratie weiter abgebaut werden.

#5: BINNENMARKT VOLLENDEN

Auch innerhalb des Europäischen Binnenmarkts haben es deutsche Unternehmen oft mit unterschiedlichen Regeln und Normen, z.B. bei der Besteuerung und der Einhaltung von Arbeitsauflagen, zu tun. Die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Steuersystemen und behördlichen Prozeduren frisst Zeit und Geld, die gerade kleine Unternehmen davor zurückschrecken lässt, ins europäische Ausland zu expandieren. 85 Prozent der Wirtschaftsjunioren sind der Überzeugung, dass die Vollendung des Binnenmarkts Priorität haben muss (Mitgliederbefragung 2018).

- **Wir setzen uns für die Vollendung des digitalen Binnenmarkts ein. Einheitliche und vor allem praxisnahe Standards und eine gemeinsame Rechtsentwicklung bei Datenschutz und Urheberrecht treiben die digitale Vernetzung der Industrieproduktion weiter voran. Einseitige**

nationale Regulierungen behindern hingegen die europaweite Umsetzung von digitalen Geschäftsmodellen.

- **Wir fordern eine praxisnahe Harmonisierung der zahlreichen nationalen Entsenderegeln. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit schaffen innerhalb der EU die wesentlichen Voraussetzungen für den grenzüberschreitenden Personaleinsatz. Trotzdem müssen bei der Mitarbeiterentsendung sowohl die nationalen als auch EU-Vorgaben hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, der Entlohnung und der Meldepflichten als auch branchenspezifische Besonderheiten beachtet werden.**

#6: BÜROKRATIE ABBAUEN

Die Regelungen und Gesetze der EU sind teilweise weit weg von der unternehmerischen Praxis und büren den Unternehmen viel Bürokratie auf. Dadurch entstehen Kosten und Aufwände, die wirtschaftlich keinen Vorteil bringen. Als junge Wirtschaft setzten wir uns für den Abbau von Bürokratie ein. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen ächzen unter bürokratischen Zwängen.

- **Wir fordern für alle neuen EU-Regeln einen KMU-Test. Dieser untersucht die Auswirkungen von EU-Regelungen auf die Geschäftstätigkeiten von KMU.**
- **Wir fordern, dass die Bürokratiebremse „One in, one out“ auch für die europäische Gesetzgebung gilt.**
- **Wir fordern, die Genehmigungsprozesse und bürokratischen Verfahren auf ein Mindestmaß zu reduzieren und über digitale Plattformen zu erleichtern. Die Umsetzung der einheitlichen Ansprechpartner in der Verwaltung, die durch die Dienstleistungsrichtlinie eingeführt wurden, muss weiter forciert werden.**
- **Wir sprechen uns für eine stärkere Orientierung am Subsidiaritätsprinzip aus. Was vor Ort, in der Region oder im Mitgliedstaat besser geregelt werden kann, sollte auch dort geregelt werden.**

#7: UNTERNEHMENSSTEUERN HARMONISIEREN

Die Unternehmenssteuern sind für die Wettbewerbsfähigkeit Europas als Investitionsstandort von großer Bedeutung. Aktuell sind die Unternehmenssteuern in Europa noch sehr unterschiedlich, in Irland z.B. bei 13 Prozent, in Frankreich mit 34 Prozent fast dreimal so hoch. Der bisherige Flickenteppich aus nationalen Steuergesetzen steht dem gemeinsamen Binnenmarkt entgegen und führt teilweise zu einem unfairen Steuerwettbewerb.

- **Die Unternehmenssteuern in Europa sollten in einem gemeinsamen Korridor angeglichen werden, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen.**
- **Die Mitgliedsstaaten sollten sich bei den Unternehmenssteuern auf ein koordiniertes Vorgehen einigen. Nationale Alleingänge, wie sie beispielsweise bei der Digitalsteuer diskutiert werden, sollten vermieden werden.**

#8: HAUSHALTS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK STÄRKER KOORDINIEREN

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EU-Mitgliedsstaaten variiert sehr stark. Die großen Unterschiede bei der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit machen es in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraum sehr schwer, sich auf gemeinsame Ziele zu verständigen. Hinzu kommt, dass die Konjunkturzyklen in Europa nicht synchron sind. Während Deutschland die Weltwirtschaftskrise 2009 beispielsweise recht schnell überwunden hatte, steckten andere EU-Staaten noch jahrelang in einer Rezession. Dies ist insbesondere innerhalb der Eurozone ein großes Problem. Um in einem gemeinsamen Währungsraum handlungsfähig zu sein, müssen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Ländern der Eurozone angleichen. Ohne diese Konvergenz macht es auch keinen Sinn über eine europäische Arbeitslosenversicherung oder einen europäischen Mindestlohn zu diskutieren. Anstatt neue Umverteilungsmechanismen zu schaffen, sollte der Fokus auf Strukturreformen liegen, die den Wettbewerb fördern und die Produktivität in den Nationalstaaten steigern. Mittlerweile verletzen die meisten Mitglieder der Eurozone die Konvergenzkriterien regelmäßig (Preisstabilität, Haushaltsdefizit unter 3 Prozent des BIP, Gesamtverschuldung maximal 60 Prozent des

BIP). Für die Stabilität in der Eurozone ist es wichtig, auf die Einhaltung dieser Kriterien zu pochen und den Schuldenabbau auch im Sinne der Generationengerechtigkeit weiter voranzutreiben.

- **Wir setzen uns für eine stärkere Koordinierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik innerhalb der EU ein.**
- **Die EU sollte sich auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit in Europa konzentrieren und Struktur-reformen in den Nationalstaaten unterstützen. Vorstöße zur Vergemeinschaftung der Sozialpolitik oder neue Umverteilungsmechanismen lehnen wir ab.**
- **Der Schuldenabbau muss in Europa im Sinne der Generationengerechtigkeit wieder an Priorität gewinnen.**

#9: EUROPA VERSTEHEN UND ERLEBEN

Für junge Menschen ist der Mehrwert der Europäischen Union nicht immer offensichtlich. Sie kennen die Nachkriegszeit sowie die Zeit der Teilung Deutschlands und Europas meist nur aus Geschichtsbüchern. Zum

anderen leben wir in einer Zeit, in der die Existenz der EU offen hinterfragt wird. Was also machen wir mit der jungen Generation von heute? Für uns gibt es nur eine Antwort: Wir müssen sie für Europa begeistern.

- **Die politische Bildung zum Projekt Europa muss in den Schulen intensiviert werden. Die junge Generation muss die Mechanismen und die Gesetzgebungsprozesse auf europäischer Ebene verstehen, um die Zukunft von Europa zu gestalten.**
- **Wir wollen die junge Generation darin bestärken, ein gemeinsames europäisches Bewusstsein zu entwickeln. Organisationen wie das Deutsch-Polnische oder Deutsch-Französische Jugendwerk leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Alle zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten ihre Fühler nach Europa ausstrecken und über Twinnings mit Partnerorganisationen in ganz Europa Begegnungsräume schaffen.**

Frieden, politische Stabilität und die Freiheit, überall in der Union zu leben und zu arbeiten, gehören zu den wichtigsten Errungenschaften der EU. Es gilt nun, das nächste Kapitel aufzuschlagen und die Europäische Union zum Innovationshub für die Wirtschaft der Zukunft zu machen.

Wir Wirtschaftsjunioren: Das sind rund 10.000 Unternehmer und Führungskräfte unter 40 Jahren. Wir sind global vernetzt und als größtes Netzwerk junger Wirtschaft in Deutschland mit rund 210 Mitgliedskreisen vor Ort präsent. Wer bei uns mitmacht, engagiert sich im Beruf und will darüber hinaus auch etwas bewegen. Mit unserem wirtschaftspolitischen und gesellschaftlichen Engagement übernehmen wir Verantwortung für die Zukunft und geben der jungen Wirtschaft eine Stimme. Wir fördern den Austausch und die Entwicklung junger Unternehmer und Führungskräfte.

Wir sind die Junge Wirtschaft.

Wirtschaftsjunioren Deutschland e.V.

Breite Straße 29
10178 Berlin

+49 (0) 30 20308 1515
wjd@wjd.de
www.wjd.de